

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DES BISEXUELLEN NETZWERKS
E.V.**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Frage 1: Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später (1), dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit (2). Es gibt bislang 0 geoutete bi+ Bundestagsabgeordneten –anders in anderen Staaten (3). Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?

Antwort:

Wir achten die Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre aller Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung. Dazu gehört, dass selbstverständlich auch keine Daten über die sexuelle Orientierung von Abgeordneten im Bundestag oder im Abgeordnetenhaus von Berlin erhoben werden. Es ist für uns irrelevant, ob ein Politiker oder eine Politikerin bisexuell ist oder sich als bisexuell geoutet hat.

Frage 2: Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. Maximal 44% (4). Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (5). Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (6). Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Antwort:

Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglicht. Auch in Zukunft muss jeder in unserer Stadt Zugang zu einer guten wohnortnahen medizinischen Versorgung haben und am medizinischen Fortschritt teilhaben können, unabhängig von seinem Einkommen, Alter, gesundheitlichen Zustand oder seiner sexuellen Identität und Orientierung. Prävention gegen Drogenmissbrauch und gesundheitspolitische Maßnahmen stehen für alle Menschen zur Verfügung, ganz gleich welche sexuelle Identität oder Orientierung sie haben.

Wir wenden uns strikt gegen Diskriminierung und stehen an der Seite der Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und all jenen, die davon bedroht sind. Ihrem Schutz müssen wir uns als gesamte Gesellschaft verpflichtet fühlen. Den Opfern von sexualisierter oder häuslicher Gewalt soll flächendeckend angeboten werden, die Spuren vertraulich und gerichtsfest dokumentieren zu lassen, ohne dass ein Ermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet werden muss.

Frage 3: 86% der Bi+ wünschen sich mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (7). Materialien auf bine.net/schule. In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39% (8). Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort:

Nach unserer Auffassung gehört zum Bildungsauftrag, die gesellschaftliche Wirklichkeit darzustellen. Wir halten die Berliner Realität, in der unsere Kinder

aufwachsen, für natürlich bunt. Deshalb ist es wichtig, auch über bunte Lebensentwürfe und Bi- sowie Homosexualität aufzuklären. Wir wollen, dass die Themen Bi- sowie Homosexualität und Diversität im Bildungsbereich integrativ-ganzheitlich, interdisziplinär und altersgerecht vermittelt werden. Die Vermittlung queerer Themen soll auch bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften eine größere Rolle spielen. Von besonderer Wichtigkeit ist für uns, dass unseren Kindern in allen Bildungseinrichtungen grundsätzlich Wissen, Respekt, eigene Urteilskraft, Toleranz und Offenheit beigebracht wird.

Frage 4: 2009 trat in Berlin ein Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit in Kraft, der im Titel nur von Homo- und Trans*-Feindlichkeit sprach (9). Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Antwort:

Wir halten eine Evaluierung des aktuellen Aktionsplans für zielführend, um den Aktionsplan auf Basis dieser Erkenntnisse fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Wir werden uns weiterhin aktiv für die Wertschätzung und Akzeptanz von queeren Menschen einsetzen und sind immer bereit, im gemeinsamen Austausch mögliche Problemfelder zu erörtern und zu beraten und nach Lösungen zu suchen.

Frage 5: Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (10). Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Antwort:

Für uns gilt die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre. Sollte es Einschränkungen in der wissenschaftlichen Forschung zur sexuellen Orientierung geben, lehnen wir diese ab.

Frage 6: Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral (11). Es gibt in SH eine Initiative hierzu (12-13), in Australien eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) (14), den 1. Bi+Pride in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen und Demonstration: bipride.de, in Berlin: biberlin.de Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?

Antwort:

Wir stehen für Vielfalt und Toleranz und wenden uns gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Um ein sichtbares Zeichen für Offenheit und Vielfalt und gegen Diskriminierung zu setzen, unterstützen wir Projekte wie den alljährlichen Christopher Street Day oder das Lesbisch-Schwule Straßenfest. So nahmen auch in diesem Jahr unser

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Kai Wegner, unser Generalsekretär Stefan Evers sowie zahlreiche weitere Vertreterinnen und Vertreter gemeinsam mit der LSU Berlin am CSD Berlin teil, um für die Rechte der queeren Community zu demonstrieren.

Frage 7: Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder (15), finden aber in d. Politik Gehör (16).

Politiker*innen äußern sich LSBTI*-feindlich (17-18). Sachverständige fordern Initiativen gg. Hasskriminalität gegen LSBTI* (19). Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?

Antwort:

Wir finden uns nicht damit ab, dass in einer offenen und toleranten Stadt wie Berlin queere Menschen beleidigt oder angegriffen werden. In unserer Stadt ist kein Platz für Homophobie, Intoleranz und Hass. Die Maßnahmen des Landes im Kampf gegen Diskriminierung werden wir fortführen und weiterentwickeln. Formen der Hasskriminalität wie Homo- und Transphobie, Frauenfeindlichkeit und jedwede andere Diskriminierung sind in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik zu erfassen und strafrechtlich konsequent zu verfolgen.

Darüber hinaus befürworten wir einen Aktionsplan gegen Hassgewalt, u. a. auch zur Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden und zur Aufklärung und Bekämpfung von Hassrede („hate speech“). Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die sich Hassgewalt entschieden entgegenstellen und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten.

Frage 8: LSBTI* werden weiter diskriminiert oder noch ungenüg. Geschützt: Blutspenden, Transsexuellenges., Grundges. für alle, Anerkennung gem. Elternschaft, geschlechtsangl. OPs an inter* Kindern, Konversionstherapien (20-28). Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?

Antwort:

Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Das Thema Blutspende ist für homo- und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Menschen nach wie vor mit hohem Diskriminierungspotenzial verbunden. Die Ungleichbehandlung dieses Personenkreises entspricht weder der medizinischen Notwendigkeit noch der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Bei der 93. Gesundheitsministerkonferenz der Länder am 30. September 2020 haben sich die Länderminister in Berlin bereits auf eine diskriminierungsfreie Blutspende verständigt. Wir sind überzeugt, dass die Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutz-

niveaus von Empfängerinnen und Empfängern von Blutspenden auch mit gleich geeigneten, weniger belastenden Verfahren möglich ist. Wir unterstützen daher die Neubewertung der Kriterien bei der Blutspende. Wir lehnen Konversionstherapien ab.

Frage 9: Auf Bundesebene wurde ein LSBTI*-Inklusionskonzept erstellt (29), dennoch bleiben erfolgreiche Maßnahmen selbst in der EU bislang aus (30-32). Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?

Antwort:

Als Christdemokraten wenden wir uns innen- wie außenpolitisch klar gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Gerade in einer Zeit, in der vielerorts die Rechte von queeren Personen wieder in Frage gestellt werden, werden wir Menschenrechtsverletzungen gegenüber diesem Personenkreis klar ansprechen und uns für Gleichberechtigung von queeren Personen einsetzen. Wir werben für Offenheit und Toleranz.

Darüber hinaus befürworten wir einen Aktionsplan gegen Hassgewalt, u. a. auch zur Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden und zur Aufklärung und Bekämpfung von Hassrede („hate speech“). Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die sich Hassgewalt entschieden entgegenstellen und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten.